

# Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:  
Die einspaltige Zeile  
oder deren Raum 30 Pf.  
Reklamezeile 20 Pf.

Ausgabestelle:  
Diez, Rosenstraße 26.  
Fernsprecher Nr. 17.  
Verantwortlich für die  
Schriftleitung:  
Richard Hein.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 45

Diez, Freitag, den 27. Februar 1920

26. Jahrgang.

## An unsere Leser!

Die Preise für Papier, Rohstoffe, Löhne, Unkosten usw., für Herstellung einer Zeitung erforderlich sind, sind in letzten Wochen wiederum sehr stark gestiegen.

1914 kosteten 100 kg Papier 22 50 Mk.

jetzt kosten 100 kg Papier 210 75 Mk.

1914 kosteten 100 kg Farbe 58 20 Mk.

jetzt kosten 100 kg Farbe 780.— Mk.

Die übrigen Preissteigerungen stehen in demselben Verhältnis. Wir sind daher gezwungen, den Bezugspreis der Zeitung bis auf weiteres auf

2.50 Mk.

Erhöhen.

Erhöhen.

Erhöhen.

## Letzte Nachrichten.

### Rundgebung der deutschen Heerführer.

Mz Berlin, 27. Febr. Wie verschiedene Morgenblätter melden, gaben am Mittwoch die zu einer Sitzung versammelten Generale bezw. Admirale von Boehn, von Elja, von Falkenhahn, von Fänlich, Hammer, von Heeringen, von Hutier, von Ingenohl, Kisch, von Klun, von Koch, von Lindemann, von Manteuffel, Quant, von Reichenstein, Scher, von Schröder, von Tschir, von Wichura, von Winkler, wohl die Erklärung ab, es nicht als eine Verletzung ihrer Ehre zu empfinden, sich einem deutschen Gericht zu stellen, aber auch nur einem deutschen, im Vertrauen auf das deutsche Recht und die deutschen Richter.

### Die Stellung des Ministers Heine.

Mz Berlin, 27. Febr. Der Berliner Volksanzeiger bringt detaillierte Mitteilungen über die erschlitterte Stellung des Ministers des Innern Heine. Die Meldungen entstammen, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, jeder Grundlage.

### Zur Adria-Frage.

Mz Paris, 26. Febr. Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, hat gestern die Note der amerikanischen Regierung in der Adria-Frage überreicht.

### Die holländische Milchlieferung.

Mz Berlin, 27. Febr. Wie der Telegraf nach einer Meldung des Berl. Tageblattes aus dem Haag hört, beträgt die Milchlieferung, die von Holland an Deutschland geliefert werden soll, 30 000 Liter täglich. Es ist beabsichtigt, diese Menge Anfangs März auf 40 000 Liter zu erhöhen.

### Die Kindersterblichkeit in Deutschland und ihre Bekämpfung.

Scheimrat Dr. Emil Abderhalden, der berühmte Physiologe hat in Halle einen öffentlichen Vortrag über die Kindersterblichkeit in Deutschland und ihre Bekämpfung gehalten, um das deutsche Publikum auf Tatsachen aufmerksam zu machen, deren Tragweite gar nicht oder nicht genügend bekannt ist und die sofortige dringende Abhilfe fordern.

Abderhalden, der sich seit langem mit der Frage der Kindersterblichkeit beschäftigt, führte u. a. aus: Schon 1916 hatte die Kindersterblichkeit in Deutschland sehr bedenkliche Dimensionen angenommen, trotzdem wurden noch 1918 von offizieller Seite aus dementsprechende Meldungen dementsagt. Als endlich 1918 zum ersten Male deutsche Kinder nach der Schweiz geschickt wurden, fand man das Preisgeld 30 Pf. pro wochengestaltete Kinder dorthin. Erst nach dem Zusammenbruch trat die furchtbare Wahrheit in ihrer ganzen Tragweite zutage. Hätte Deutschland nicht Krieg geführt, so wären 1914—1918 zwei Millionen Kinder mehr geboren worden. Jetzt sind weit über 100 000 Kinder unterweigerlich dem Hungertode verfallen, wenn nicht sofort gegen die Unterernährung eingeschritten wird, unter der ungefähr 500 000 Kinder schwer leiden müssen: denn die Tuberkulose und die Malaria wüten in erschreckender Weise unter Deutschlands Jugend. Wir selbst schon sehen nicht mehr, wie sehr unsere Kinder im Wachstum zurückgeblieben sind, aber die zentrale Ärztekommision, die vor kurzem Deutschland besuchte, hat zwölfjährige Kinder auf neun Jahre geschätzt.

Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und vor allem die Schweiz haben sich bereit erklärt, leidende deutsche Kinder bei sich aufzunehmen. Im Jahre 1919 war der Stand unserer Baluta noch so, daß die meisten großen Städte Deutschlands für erholungsbedürftige Kinder Hotels in der Schweiz gemietet hatten; die Kosten wurden gemeinsam von dem Reich, der Provinz und der betreffenden Stadt getragen. Da dieses Verfahren bei dem jetzigen Stand der Baluta nahezu zur Unmöglichkeit wird, hat man begonnen, in der Schweiz Freizeiten zu sammeln. Dabei sind bis jetzt achttausend Kinder acht Wochen lang in der Schweiz verpflegt worden.

Abderhalden führte des weiteren aus, daß es in Deutschland um den Gesundheitszustand der Kinder noch schlimmer bestellt sei, als um den der Wiener Kinder. Er rief ferner die Interessiertheit in vielen Kreisen des deutschen Publikums. Es ist Zentralstelle für das Ablassen der Teamposte. Für die Zahnärztliche haben sich wirklich sechs Damen bereit erklärt. Auf dem Basler Bahnhof ordnen sich die Schweizer hinzu, den ankommenden Kindern beim Tragen der schweren

Pakete behilflich zu sein; kommen sie wieder in Deutschland an, so werden sie von niemanden empfangen, und müßten mühen sie selbst die schweren Gepäckstücke auf ihren kleinen Schultern abzutragen.

Die Ergebnisse des Schweizer Aufenthaltes sind übrigens geradezu glänzend. Gewichtszunahmen von 10 Pfund sind das Übliche, solche bis zu 20 Pfund sind nicht selten.

### Die Anlieferungsfrage.

Um den Kaiser. Der Londoner Berichterstatter des Allgemeinen Handelsblatts meldet, er erfahre aus guter Quelle, daß die Entente nicht gern sehen würde, daß die niederländische Regierung auf den Vorschlag, den Kaiser aus den Niederlanden zu entfernen, eingeht. Die Entente möchte lieber vor allem gegen die Verbannung des vormaligen Kaisers auf eine der beständigen Inseln, und zwar wegen der Nähe der südamerikanischen Staaten, mit denen einige der Mächte nicht auf bestem Fuße stehen. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß sich die Entente schließlich mit einer strengen Beobachtung des ehemaligen Kaisers in den Niederlanden begnügen wird.

### Der Bänderbund.

Der Kampf in den Vereinigten Staaten. Paul Telegraf meldet die Times aus New York, daß Hoover in Baltimore eine Rede hielt, in der er sich energisch gegen das Bestreben des Präsidenten Wilson, den Friedensvertrag einem Referendum durch das amerikanische Volk zu unterwerfen, wandte. Hoover sagte, Europa könne nicht genesen, bevor der Friedensvertrag ratifiziert und die amerikanische Mitwirkung bei der Wiederherstellung des Handels und der Erzeugung gesichert sei. Er appellierte an das amerikanische Volk, es solle im eigenen Interesse den Friedensvertrag ratifizieren. Die Rede Hoovers fällt mit einer Bewegung unter den Demokraten zusammen, die den Friede verfolgt, die Annahme des Friedensvertrages im Senat in der Form erfolgen zu lassen, in der sie von den Republikanern gewünscht wird.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Aus dem Saargebiet. Infolge der beunruhigenden Lage im Saargebiet ist nach einer Meldung der Tel.-Union aus Saarbrücken die Garnison Saarbrücken verstärkt worden. Auch in St. Ingbert und Moosbühl sind französische Truppenverpflichtungen eingetroffen. Mehrere marokkanische Bataillone wurden auf die Truppen des Saargebietes und der Saarpalz verteilt.

### Deutschland.

Aus der Ostmark. Sir Reginald Towler erklärte kürzlich beim Empfang der Behördenvertreter, daß er die Danziger Regierungsgeschäfte auf die Dauer nicht unter alleiniger Verantwortung führen wolle. Er hielt es für vorteilhaft für die Danziger Interessen, wenn er zu seiner Mitberatung eine Körperschaft hätte, die aus eingetragenen Bürgern bestünde. Daher denke er an die Bildung eines Staatsrates, der bei der Ausarbeitung der Danziger Verfassung zur Mitwirkung herangezogen werden müßte. In der Sitzung der Vorkonferenz der Alliierten ist beschlossen worden, daß die diplomatische Vertretung von Komet Frankreich übertragen werden soll.

Das Reichsverkehrsmonopol. Der bayerische Ministerrat hat dem die Übernahme der bayerischen Verkehrsanstalten durch das Reich regelnden Vertrag seine Zustimmung erteilt. Länder ohne Eisenbahnen, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz, Thüringen und die Hansestädte haben dem Reichsrat eine Denkschrift vorgelegt, in der sie zum Übergang der Staatsbahnen auf das Reich Stellung nehmen. Sie fordern, daß bei der Organisation der Reichseisenbahnen dafür gesorgt werde, daß dieselben Vorbehalte, die den Ländern mit Eisenbahnenbeseitigung eingeräumt werden, auch den Ländern ohne Eisenbahnenbeseitigung zukommen. Verhandlungen sollen eingeleitet werden, um einen besonders gewählten Ausschuss Gelegenheit zu geben, die Wünsche der beteiligten Länder zu erläutern. Zu allen Verhandlungen über die Organisation der Reichseisenbahnen sollen auch die Länder ohne Eisenbahnenbeseitigung zugezogen werden, um eine gleichmäßige gemeinsinnige Verwaltung im Interesse des gesamten Verkehrs zu ermöglichen.

Der Fall Stütz. In dem Verfahren gegen den Kaufmann Sonnenfeld, der die Behauptung aufgestellt hat, von einer ihm nahestehenden Seite sei ihm mitgeteilt worden, daß Scheidemann und Stütz eine Prämie für die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt haben, ist Oberbürgermeister Scheidemann als Nebenkläger in dem Verfahren zugelassen.

In der Erzberger Angelegenheit hat das Zentrum bisher noch nicht Stellung genommen, doch wird das in den nächsten Tagen zweifellos geschehen. Wie die A. S. aus Berlin berichtet, sollte der Parteivorstand des Zentrums am Donnerstag in Berlin zusammentreten; man habe Grund zu der Annahme, daß dabei auch die Angelegenheit Erzberger erörtert werden wird.

Ein verfassungswidriges Gesetz. Der preussische Gesetzgeber über die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputation, Schulvorstände und Schulkommissionen war bekanntlich in der preussischen Landesversammlung auf den heftigsten Widerspruch des Zentrums gestoßen. Der Unterausschuss der Landesversammlung hatte schließlich beschlossen, über die Frage, ob diese Vorlage mit der Reichsverfassung vereinbar sei, ein Gutachten der zuständigen Reichsministerien einzuholen. Dieses Gutachten ist jetzt abgegeben worden und lautet dahin, daß die preussische Vorlage mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. So bald sich das preussische Kultusministerium zu diesem Gutachten geäußert hat, werden die Parteien der Landesversammlung zu der neuen Sachlage Stellung nehmen.

### Partei-politisches.

Die Zentrums-politik. In einer großen Zentrumsversammlung in Duisburg sagte Geheimrat Trimborn, die Zentrums-partei habe mit den Sonderbündlern am Rhein nichts zu tun. Für ewige Zeiten wolle die rheinische Bevölkerung beim Deutschen Reich verbleiben. Eine Regierung ohne die Mehrheitspartien sei undenkbar und unfähig. Die Koalition in der Regierung bedeute keineswegs ein Bündnis der Ideen. Die Politik Erzbergers sei im großen und ganzen die des Zentrums. Selbstverständlich werde die Fraktion sich nach Beendigung des Prozesses mit dessen Ergebnis befassen müssen.

Preussische Volkspartei und Reichszentrum. Nach einer Mitteilung aus Nürnberg hat dort eine Versammlung von Vertretern der katholischen Arbeiter- und Arbeitervereine sowie der christlichen Gewerkschaften in Bayern stattgefunden. Die Versammelten verlangten die Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft zwischen der bayerischen Volkspartei und dem Reichszentrum. Die Vertreter erklärten ausdrücklich, daß sie auf dem Boden der Reichsverfassung stehen und ein festgefüßtes Reich wollen, das Streben nach einem künstlich konstruierten Einheitsstaat aber nicht billigen.

### Der Schutz der Parlamente.

Unter dem Eindruck der Ereignisse vom 13. Januar hat die Reichsregierung den Entwurf eines Gesetzes vorbereitet, der den Titel trägt: Ueber die Befriedung der Reichstages- und der Landtage. Der § 1 lautet: Innerhalb der befriedeten Banntreise des Reichstagesgebäudes dürfen, solange der Reichstag oder ein Ausschuss des Reichstages versammelt ist, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden. Entsprechendes gilt für die Gebäude der Landtage. Ausnahmen können für das Reichstagsgebäude von der Reichsregierung, für das Gebäude der Landtage von den Landesregierungen im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichstages oder des Landtages zugelassen werden.

Nach dem § 2 bestimmen diese befriedeten Banntreise für das Reichstagsgebäude die Reichsregierung, für die Landtagsgebäude die Landesregierungen, jeweils im Einverständnis mit den zuständigen Parlamentspräsidenten.

Der § 3 bestimmt die Strafen. Wer zu einer solchen Versammlung oder zu Umzügen im befriedeten Banntreise auffordert, wird mit Gefängnis bestraft. Wer vorsätzlich Anordnungen übertreißt, die der Präsident des Reichstages oder eines Landtages über das Betreten des Gebäudes und über das Verhalten in ihm erläßt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Auf die Mitglieder des Parlamentes findet diese Bestimmung jedoch keine Anwendung.

Das Gesetz soll nach dem letzten § 5 mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten.

### Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 24. Februar 1920.

In Beantwortung kleiner Anfragen sagt die Regierung zu, daß zur Verringerung der Kohlennot auf die vermehrte Veranschlagung von Wasser- und Windmühlen nach Möglichkeit Bedacht genommen werden soll.

Die Beantwortung der Anträge über die Hochmiete wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Leidig (D. Volksp.): Wir mühen von der Regierung fordern, daß sie in dieser Zeit, in der eine Million Familien ohne Wohnung sind, ernsthafte Maßnahmen aufstellt, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Minister Stegerwald: Die Verordnung gibt ausreichenden Spielraum, um die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden zu berücksichtigen. Den übermäßigen Zugang von Ausländern würden wir gern abwehren, aber wir müssen hierbei im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages bleiben. Mein Grundgedanke ist, daß die Hausbesitzer nicht in die Spekulation hineingezogen werden dürfen. Planlosigkeit kann man mir nicht vorwerfen. Ich habe das bei den Beratungen über den Ruhrkohlenföderationsverband gezeigt. Die Arbeitgeber haben sich jetzt bereit erklärt, länger zu arbeiten, als im Frieden. Das ist der größte Erfolg, den die Reichsregierung bisher gehabt hat. Meine Verordnung über die Panemieten ist in den Hausbesitzkreisen ganz günstig aufgenommen worden.

Abg. Kuer (Dem.): Wir sind Gegner der freien Wirtschaft auf dem Wohnungsgebiet, aber auch das Wohnungsweien muß sich auf fester Rechtsgrundlage aufbauen.

Abg. Conrad (D.-Nat.) schließt sich dem Vordrucker an. — Die Abstimmung wird namentlich sein und am Montag stattfinden.

Es folgt die Beratung der Anträge auf vermehrte Fürsorge für Altpensionäre, Witwer, Rentenempfänger und Festbetrobete mit kleinen Bezügen.

Abg. Lukassowich (D.-Nat.): Wir beantragen, den Ruhegehaltsempfängern sofort für das laufende Bieteljahr die vollen Teuerungszulagen der aktiven Beamten ohne Bedürftigkeitsnachweis zu gewähren.

Abg. Iwardh (Soz.): Wir beantragen, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Bezüge der Altpensionäre, Pensionäre und ihrer Hinterbliebenen neu geregelt werden.

Die Abgg. Schümer, Dr. Berg (D. Volksp.), Krug (Zentr.), Herrmann (D.-Nat.) und Dr. Wehl (U. S.) sprechen im Sinne der Vordrucker. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung eines Ausschussesantrages, der die Teuerungszulagen zu den Jubiläen- und Hinterbliebenenrenten erhöhen soll. Auch der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Abwesenheit des Regierung wird wiederum mehrfach betastet. Nächste Sitzung: Mittwoch.

— Der Arbeitsplan. In der preussischen Landesversammlung wird am nächsten Dienstag die Vorlage über die Zusammenfassung mit dem Hause der Abgeordneten zur Beratung kommen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen. Dann soll eine kurze Pause eintreten, während derer die Fraktionen über den Entwurf der neuen Verfassung beraten dürften. Der Verfassungsentwurf wird zu Beginn der nächsten Woche den Häusern zugehen. Die interfraktionellen Besprechungen zwischen den Mehrheitsparteien über die Verfassung können als abgeschlossen gelten, wenngleich, wie die Demokratische Parteikorrespondenz meldet, zwischen ihnen über wichtige Punkte noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

### Der Mittelkanal.

Im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist die Denkschrift über den Mittelkanal und die durch ihn bedingten Ergänzungsarbeiten an vorhandenen Wasserstraßen fertiggestellt und dem Landeswasserstraßenbeirat zugehellt worden, der Stellung dazu nehmen soll, welche Linienführung des Weser-Eise-Kanals im allgemeinen Interesse den Vorzug verdient.

Die Herstellung einer durchgehenden, leistungsfähigen Wasserstraße zur Verbindung der bisher getrennten Wasserstraßensysteme des Ostens und Westens durch Vervollständigung des Weser-Eise-Kanals hat sich, wie die Einleitung der Denkschrift erläutert, als unaufschiebbar erwiesen. Es ist daher beabsichtigt, der Landesversammlung hierüber baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten. Die Vorarbeiten, die der Denkschrift zugrunde liegen, erstrecken sich in der Hauptsache auf die drei bekannten Linien: die Nord-, die Süd- und die Mittellinie, welche die Öffentlichkeit schon seit Jahren beschäftigen. Der Sachverhalt der Nordlinie ist fallen gelassen, da sie Gebiete durchschneidet, die gewerblich keine große Bedeutung haben und eine solche in absehbarer Zeit auch nicht erlangen werden. Hiernach stehen jetzt nur die Süd- und Mittellinie zur weiteren Wahl.

Die Vorarbeiten der Süd- und Mittellinie sind gleichmäßig nach dem bei den Verhandlungen beim Ems-Weser-Kanal gezahlten Einheitspreis mit einem Zuschlag von etwa 20 Prozent für die bereits vor dem Kriege eingetretene Preissteigerung berechnet, umfassen also Friedenspreise. Danach kostet die Südlinie mit allen Anlagen ohne Anschlußkanal nach Staßfurt-Leopoldsdorf rund 220 Millionen Mark, die Mittellinie rund 214 Millionen Mark, während an Betriebs-, Verkehrs- und Unterhaltungskosten bei 6000 Schifffahrten im Jahre die Südlinie 1 043 000 Mark, die Mittellinie 1 372 000 Mark erfordert. Im Vergleich beider Linien wird gesagt, daß die Südlinie in baulicher Hinsicht nicht so gut wie die den früheren Kanalvorlagen zugrunde liegende Nordlinie ist und für den Durchgangsverkehr nach Berlin und darüber hinaus einen gewissen Nachteil mit erhöhten Schiffschiffkosten verbunden bringt. Andererseits beruht sie in vorzüglicher Weise auf wichtigen Städten, Verkehrsgebieten und Erzeugungsstätten unmittelbar, schließt gewerblich hoch entwickelte und weiter entwurfene Landstriche ein und bietet die Möglichkeit zu weiteren günstigen Wasserstraßenverbindungen. Die Mittellinie hat im wesentlichen die Vorteile der Nordlinie, namentlich in baulicher Hinsicht, beibehalten, um damit einen Teil der Vorzüge der Südlinie zu verbinden.

In der Schlussbetrachtung wird auf Grund der vorliegenden Untersuchung festgestellt, daß wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und finanzielle Tragfähigkeit des Mittelkanals sowohl auf der Süd- wie Mittellinie nachgewiesen sind und die Ausführung daher empfohlen werden könne. Die Frage, welche der beiden Linien gebaut werden soll, kommt demgegenüber erst in zweiter Linie.

### England.

Gegen die Forderung, die größtenteils auf die Kriegsgewinne der Industrie und des Großhandels zurückzuführen ist, haben die englischen Gewerkschaften einen Kampf unternommen, der zweifellos Erfolg haben wird. Die Gewerkschaften ernannten eine Kommission, deren Aufgabe es ist, in allen größeren Fabriken und Handelsbetrieben die Ein- und Verkaufspreise der Waren festzusetzen. Wonach sich dann der Gewinn der Firmen ergibt. Die beteiligten Firmen, die in dieser Weise noch Preise halten, werden von der Arbeiterpresse öffentlich an den Pranger gestellt, und außerdem hat die Kommission die Verzerung um Maßnahmen gegen solche Uebervorteilungen der Bevölkerung erforscht. Die Angelegenheit kommt übrigens

in einigen Wochen auch im Unterhause zur Sprache. Der Antrag wird von einem Teil der bürgerlichen Presse in England entschieden unterstützt.

### Russland.

Arbeitspflicht. Ein vom Eisenbahn aufgefänger Junkspruch aus Moskau berichtet über die neu eingeführte Arbeitspflicht: „Die Arbeit wird als obligatorisch erklärt. Die Arbeiter werden für Lebensdauer einer Unternehmung zugewiesen. Ganze Armeen werden nach dem Beschluß der Volkstschinnare wirtschaftlichen Arbeitsgebieten zugeteilt. Ein Wirtschaftsaufgebot, das mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt wird, soll die Ueberlegenheit der Zwangsarbeit gegenüber der freien Arbeit beweisen.“

Trotsky wurde nach einem Moskauer Junkspruch zum Vorsitzenden des Moskauer Arbeiterrates gewählt. Trotsky erhält durch seine führende Stellung in dem Moskauer Arbeiterrat immer mehr Machtbefugnis.

Vorzugsstellung der Offiziere. Der „Times“ zufolge hat Trotsky seine Politik den Offizieren der roten Armee gegenüber stark geändert, indem er ihnen ihre früheren Vorrechte wieder einräumte und ihnen hohe Gehälter zahlte.

### Griechenland.

Die monarchistische Bewegung. Bei Besprechung einer Interpellation in der griechischen Kammer hat Benizelos zur Verteidigung seiner Politik angeführt, daß er sich natürlich der Volksmehrheit fügen müsse, wenn diese gewonnen sei, den König Konstantin zurückzuführen. Er (Benizelos) habe versucht, seine Politik nach den Forderungen des griechischen Volkes einzurichten. Bei diesen Worten entstanden Jurauf- und Widersprüche in der Kammer, wobei Benizelos weiter erklärte, daß er an dem Tage, wo das Volk ihn nicht mehr folge, Griechenland verlassen werde und sich wieder nach Krete begeben. — Aus der Stimmung des Parlaments und den Kommentaren der Presse ist die zunehmende Propaganda der monarchistischen Partei zu bemerken, welche die Politik von Benizelos in letzter Zeit sehr stark bekämpft, da die Monarchisten auf die Unterstützung Italiens rechnen, mit dem es Benizelos gänzlich verfahren hat.

### Bereinigte Staaten.

Die Frau Präsidentin. Washingtoner Meldungen besagen, daß in den dortigen politischen Kreisen die größte Aufregung über die Rolle herrscht, die Frau Wilson in der letzten Zeit gespielt habe. Wie jetzt bekannt wird, hat die Gattin des Präsidenten einen bestimmenden politischen Einfluß ausgeübt, der von den Regierungsgegnern geradezu als verhängnisvoll für Amerika bezeichnet wird. Darnach war Frau Wilson die wirkliche Herrin im Weißen Hause und ohne ihren Willen konnte niemand zum Präsidenten gelangen. Selbst in den wichtigsten Staatsgeschäften mußte der Staatssekretär den Weg über Frau Wilson nehmen, um von dem Präsidenten eine Meinungsäußerung zu erlangen. Nur ihren Einfluß sollen auch die jüngsten Veränderungen im Kabinett zurückzuführen sein. Man spricht in Washingtoner Kreisen davon, daß sie an der Propaganda für eine neue Präsidentschaft ihres Gatten mitbeteiligt ist und erwägt ernsthaft Maßnahmen, um den unheilvollen Einfluß der Frau Wilson auszuschalten. — Also sind auch demokratische Republikaner nicht gegen die Politik gewandt, die man wenig schön, aber treffend als Unterpolitik bezeichnet.

### Kirche und Schule.

Der Reichsschulausschuß trat am Dienstag zu einer Konferenz unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern zusammen. Privatdozent Schwarz vom Reichsministerium des Innern berichtete über die Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz, die bekanntlich vom 7. bis 17. April im Reichstagsgebäude stattfinden soll. Die Zahl der Vertreter ist ungefähr auf 500 festgesetzt. Die Verhandlungen und Abstimmungen können keinen für die Regierung bindenden Charakter tragen, werden aber für die kommende Schulgesetzgebung als wertvolles, richtunggebendes Material dienen. Betreffs des Wegfalls der Einzelschulzeugnisse wurden Vorschläge angenommen, wonach die in der Behörde vorgelegene Prüfung nicht mehr abgehakt werden soll. Zur Frage des Abtritts der Lehrerinnen wurde folgende Entscheidung angenommen: Der Reichsschulausschuß hält es für dringend notwendig, daß die Frage

der Vereinfachung von Beamtinnen baldigst durch Reichsgesetz geregelt wird. Bis dahin wird der Unterrichtsverwaltung des Reiches empfohlen, in ihrem Amtsberreich eine vorläufige Regelung zu treffen, unter Würdigung der Bestimmungen der Reichsverfassung.

### Verkehr.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife vom 1. März ab wird das deutsche Wirtschaftsleben schwer bedrücken. Deshalb soll hier auch ein Trost, wenn auch ein geringer, gesendet werden: anderen Ländern geht es nicht besser. Frankreich hat ebenso seine Eisenbahntarife neuerdings wesentlich erhöht, und auch in Belgien hat die Regierung eine 100prozentige Erhöhung der Frachten wie der Personentarife ab 1. Februar 1920 zugestimmt. Italien, das schon vor seinem Eintritt in den Krieg seine Tarife erhöht hatte, hat sie weiterhin wiederholt heraufgesetzt, so daß sich dort eine Gesamtsteigerung von 50 bis 100 Prozent im Personenverkehr und von 140 Prozent im Güterverkehr ergibt. Auch England hat im Laufe des Krieges seine Tarife viermal heraufsetzen müssen; im Personenverkehr erreichen die Erhöhungen 50 Prozent, im Güterverkehr ist eine Erhöhung von 25 bis 100 Prozent ab 15. Januar d. J. in Kraft getreten. Die Neutralen haben veraltete Steigerungen ebenso wenig umgehen können. Die Schweiz hat die Personentarife allmählich um 100 Prozent, die Frachten um 180 Prozent erhöht, und auch Schweden, Norwegen und Holland haben im Laufe der Zeit ähnliche Steigerungen zu verzeichnen. Spanien hat im Jahre 1918 die Transportpreise um 15 Prozent und 1920 etwa um 50 Prozent für Personen und Waren gesteigert. Die höchsten Preissteigerungen weisen Österreich und Ungarn auf. Ersteres hat 1918 und 1920 Erhöhungen von 100 Prozent für Personen und 240 Prozent für Güter, letzteres 1917 und 1918 Erhöhungen von 300 Prozent für Güter eingeführt. Die außereuropäischen Länder sind der allgemeinen Bewegung gefolgt, wenn auch das geringere Anwachsen der Preise und die geringere Steigerung der Löhne nicht gleich hohe Tarife zur Folge gehabt hat wie in Europa. Kanada hat seine Tarife allmählich um 40 Prozent, die Vereinigten Staaten, die schon vor dem Eintritt in den Krieg Erhöhungen vorgenommen hatten, um gleichfalls 40 Prozent gesteigert. Auch dort sind neue Erhöhungen wieder in Vorbereitung.

### Neues aus aller Welt.

Auf militärische Anordnung ist das Erscheinen des Verglichen Volksstimme, des unabhängigen, politischen Parteiorganes für die Kreise Rheinisch, Rhenisch, Westfalen, Bismarck und Gumbrecht, bis auf weiteres verboten worden. Begründet wird die Maßnahme damit, daß das Blatt sein Versprechen, die Politik der Regierung hinsichtlich der Kohlenförderung nicht zu durchkreuzen, nicht gehalten habe.

Ueber die baldige Auszahlung der Entschädigungen an die Auslandsdeutschen schreiben im Reichsministerium für den Wiederaufbau Verhandlungen. Es wird gehofft, daß die Spruchkommissionen ihre Tätigkeit bald aufnehmen können.

Nach der Libre Belge besteht die Absicht, in Aachen eine belgische Schule zu errichten.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat die Forderung der Leipziger Handelskammer auf Befestigung der Rindergerichte abgelehnt.

Eine Verordnung der Internationalen Kommission für Nordafrika besagt, daß vorläufig, solange die Verwaltung der Internationalen Kommission andauert, auch innerhalb des Gebiets der zweiten Zone von der Begleichung der Kriegsteuern abgesehen werden soll.

Die Dampferverbindung mit Ostpreußen über Swinemünde-Villau ist für die nächsten Monate gesichert.

Die Verhandlungskommission beschloß, die Sachverständigen der Alliierten nach Paris zu berufen, um in den nächsten drei Monaten in Paris die Entschädigungsansprüche an Deutschland zu formulieren.

Die spanische Delegation in Paris demontiert die Nachricht, Estada habe mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen.

In Madrid waren am Dienstag vormittag die Geschäftsbüro geschlossen, um gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife zu protestieren.

## Nachtgeheimnisse.

Rachwerk verheizen.

Er verstand die unausgesprochene Bitte, die sich in ihren Worten verbarg, und wie zum Zeichen, daß er bereit sei, ihr zu willfahren, begnügte er sich, die feigigen Wellen ihres dunklen Haars mit seinen Lippen zu streifen.

Dann gab er sie frei und trat um ein paar Schritte von ihr weg.

„Wie hast du Hermann gefunden?“ fragte er nach einer kurzen Pause. „Es wollte mir scheinen, als ob sich zwischen ihm und seinem Vater noch immer nicht das rechte Verhältnis herausgebildet habe, und doch weiß ich, daß mein Stiefbruder alle seine Hoffnungen auf diesen Sohn setzt, an dem sich nach seiner Erwartung erfüllen soll, was er selber dem Leben vergeblich abzurufen versucht hat.“

„Aber hat er nicht doch vielleicht einen falschen Weg eingeschlagen, um das zu erreichen? Dein Neffe fühlt sich noch immer sehr unglücklich in seinem Beruf, und wenn er es auch nicht geradezu ausgesprochen hat, so glaube ich doch, daß er in der Stille seines Herzens dem Vater grollt, der ihn gezwungen hat, seinem Künstlertraum zu entsagen.“

„Mein Bruder hat es nur gut mit ihm gemeint, und ich kann ihm nicht unrecht geben, wenn er der Ansicht ist, daß in unseren Tagen ein tüchtiger Techniker bessere Aussicht hat, sich im Leben zu behaupten, als ein mittelmaßiger Künstler. Ich wäre ja gewiß gern erdödig gewesen, die Mittel für Hermanns Ausbildung herzugeben, aber ich würde es für eine schwere Verleumdung gehalten haben, mich mit einem solchen Auerbitter zwischen Vater und Sohn zu stellen. Am Ende muß ein rechter Mann sich sein Leben doch auch selber zuzimmern, und bei der geringen Widerstandsfähigkeit, die Hermann bisher den Versuchungen des Lebens gegenüber bewiesen hat, dürfte die ernste Arbeit seines jetzigen Berufes für ihn auch viel heilsamer sein, als die freie Ungebundenheit einer sogenannten Künstlerexistenz.“

Margarete schwieg, denn solche Worte klangen ganz anders als das, was sie selbst dem jungen Manne des öfteren zu seiner Ermunterung gesagt hatte, und die Beforgnis, daß sie damit ein Unrecht gegen ihn begangen haben könnte, fiel ihr wie ein schwerer Vorwurf auf die Seele.

Der Konjul hatte eben begonnen, von anderem zu sprechen, als der Eintritt der Haushälterin ihre Unterhaltung störte. Frau Vorens, die ohne vorheriges Anklopfen im Zimmer er-

schienen war, entschuldigte sich mit der Versicherung, daß sie den Herrn Konjul nicht hier vermutet habe, aber sie unerließ es nicht, die beiden dabei mit scharfen, argwöhnischen Blicken zu mustern, wie wenn sie irgend einem interessanten Geheimnis auf die Spur kommen wollte. Sie hatte eine auf das Hauswesen bezügliche Frage an Margarete zu richten, und die Erzählerin erwiderte, daß sie mit ihr gehen wolle, um den gedauerten Wunsch zu erfüllen.

Ein paar Minuten blieb Gerhard Brünig in trübem Sinnen allein. Dann verließ er ebenfalls das Gemach und stieg wieder in das obere Stockwerk empor. Aber er lehnte nicht in sein Arbeitszimmer zurück, sondern öffnete mit einem der an seinem Bunde befindlichen Schlüssel die schwere, eisenbeschlagene Tür, die einen Raum am Ende des oberen Korridors verschloß.

Das Gemach, das er betrat, konnte seinem Aussehen nach nicht zu Wohnzwecken dienen. Es enthielt an Mobiliar nur einen von vier hochlehnigen Ledersesseln umstellt, mit grünem Tuch überzogenen Tisch, auf dem sich neben verschiedenem Schreibgerät allerlei Flaschen und kleine Instrumente befanden, wie sie von Goldschmieden bei der Schätzprüfung von Edelmetallen benötigt werden. Eine der Wandseiten war von einem hohen Bücherregal ausgefüllt, die anderen aber waren mit eisernen Schränken besetzt. Als der Konjul jetzt einen von ihnen öffnete, zeigte sich, daß sein Inneres aus einer Anzahl übereinander angeordneter flacher Schubladen bestand. Er zog einen von ihnen heraus und trug ihn zu dem Tische inmitten des Raumes hinüber. Der mit Samt ausgefüllte Kasten enthielt eine Anzahl reihenweise angeordneter Vertiefungen, und in jeder von ihnen lag eine Goldmünze von ansehnlichem sehr beträchtlichem Alter. Wenn sämtliche Wandschränke des Gemaches mit derartigen kostbaren Kästen angefüllt waren, müßte es im durchschnittlichen Sinne des Wortes eine Schatzkammer genannt werden, denn schon der Metallwert dieser großen Goldmünzensammlung repräsentierte ohne Zweifel, ein ansehnliches Kapital. Ungleich höher aber müßte der Sammelwert sein, den eine so reichhaltige Kollektion besaß, und die bei ihrer Vermehrung getroffenen Vorsichtsmaßregeln, die eigenhändige Eingangsart wie die flüchtigen Samtpanzer der Schränke, konnten darum als keineswegs überflüssig erscheinen.

In der Tat erfreute sich die Brünig'sche Sammlung schon heute einer gewissen Bekanntheit in den Kreisen der Numismatiker und Geschichtsforscher. Das große Verlangen, mit dem sich der Konjul von seinem Geschäft zurückgezogen, hatte ihm gestattet, seiner Liebhaberei erhebliche Summen zu

fern, und er war überdies bei der Auffindung und Erwerbung seltener Stücke so oft vom Sammlerglück begünstigt worden, daß er sich mit Stolz des Besitzes von Kostbarkeiten rühmen durfte, um die manches große staatliche Münzenkabinett ihn beneiden mochte.

Die Beschäftigung mit dieser Sammlung und mit den zu ihrer sachgemäßen Vervollständigung erforderlichen Studien gehörte seit Jahren der größte Teil seiner Zeit. Ueber manche öftere Stunde, die ihm durch das lange Stiehung seines einzigen Kindes bereitet worden war, hatte die Vertiefung in diese Arbeit ihm hinweggeholfen, und namentlich in den traurigen letzten Monaten hatte er beinahe jede Stunde, die nicht der kleinen Ilse gehörte, in der Einsamkeit des Münzimmers zugebracht.

Er hatte die Abfassung eines großen, mit wissenschaftlichen Anmerkungen ausgestatteten Kataloges begonnen, der seinen Schatz für die gesamte Geschichtswelt nutzbar machen sollte, und er hatte gar oft, wenn er fast bis zur Erschöpfung gearbeitet, dankbar den Segen dieser mühevollen Tätigkeit empfunden.

Zu ihr gedachte er denn auch heute seine Rücksicht zu nehmen, und er ließ sich an dem grünüberzogenen Tische in der in der Gewissheit, daß sein Ton der lauten Außenwelt bis in seine Zurückgezogenheit dringen würde, um ihn mitleidlos aus dem kurzen Vergessen seines herben Verlustes aufzurufen.

### 3. Kapitel.

Vielleicht war das „möblierte Zimmer“, das Hermann Ollendorf in der Karlstraße zu Berlin bewohnte, etwas zu elegant für einen jungen Elektrotechniker von immerhin recht bescheidenem Einkommen, denn es hatte neben manchen anderen entbehrlichen Bequemlichkeiten sogar den Luxus eines richtigen Schreibtisches aufzuweisen, ein freilich schon etwas gebrauchtes und altmodisches Möbel, dessen Schreibtisch zugleich mit den oberen Schubfächern durch eine Rollschleuse für unermüdete Augen abgesperrt werden konnte. Ein paar verschlossene Vorhänge an den Fenstern und ein fadenhellgelbes Tapich bemühten sich außerdem, dem Gemach einen Anschein von Bornetheit und Wohlichkeit zu geben, so daß es um die Zeit der Abenddämmerung, die eben jetzt herabzusinken begann und alle kleinen Mängel mit ihren Schleiern verhüllte, einen ganz behaglichen Gesamteindruck machte.

Fortsetzung folgt.

Tempo meldet, daß in Brescia (Italien) Un-  
ausgebrochen sind. Es ist anzunehmen, daß der  
Reisepreis bedroht. — Der Messagero meldet, daß die  
Arbeitseinstimmung den Generalstreik von Mittwoch  
an festgesetzt haben.

## Bauwesen 1920.

Der besondere Seite wird uns geschrieben:

Während das nunmehr abgeschlossene Baujahr dem Bau-  
wesen nicht unmerklich hat Rechnung tragen  
müssen, muß rechtzeitig dafür Sorge getragen werden, daß  
das Jahr 1920 auf Grund der gesammelten Erfahrungen im  
Bauwesen- und Siedlungsbaue mit Zusammenfassung aller  
Erfahrungen und unter Überwindung aller entgegenstehenden Schwierigkeiten  
praktische Arbeit in möglichst großem Ausmaß ge-  
leistet werden kann.

Vorbereitungen sind zunächst für die Beschaffung des  
Baumaterials zu treffen. Da wegen des Kohlenmanuels nicht  
zu denken ist, gebrannte Ziegelsteine im erforderlichen Um-  
fange zu beschaffen, und da auch Holz nur in begrenztem Men-  
ge vorhanden ist, kommt hauptsächlich der Lehm-  
bau in Betracht und vornehmlich die Siedlungen in Be-  
tracht. Die Erfahrungen, die im vergangenen Sommer mit den  
Lehmbauverfahren gesammelt sind, beweisen, daß  
die Lehmbauweise geäußerten Bedenken und die  
Lehmbauweise widerlegt werden können.

Lehmbauvereine, Siedlungsvereine, Bauvereine und  
Bauherrn sollten sofort mit der Vorbereitung ihrer  
Bauarbeiten für das kommende Jahr beginnen und deren Durchfüh-  
rung durch die Menge der zur Stelle geschaffenen Baustoffe,  
insbesondere solcher, die ohne Kohlen hergestellt sind oder nur  
Kohlen bei der Erzeugung verbrauchen, rechtzeitig nach-  
sehen. Derartige geordnete Bauten haben Aussicht darauf,  
daß sie auch in entgegenkommender Weise mit finan-  
zieller Unterstützung bedacht zu werden.

Ein Merkblatt über Lehmbau enthält die Richt-  
linien überall da der Planung und Errichtung von Lehm-  
bauten zu Grunde gelegt werden müssen, wo Erfahrungen und  
Erfahrungen des Lehmbaus noch fehlen. Im allgemeinen ist es  
zu empfehlen, die am Ort heimische Bauweise zu be-  
nutzen und die Erfahrungen der alten Handwerker  
zu berücksichtigen und die Erfahrungen der alten Handwerker  
zu berücksichtigen.

Die im Lehm gebauten Häuser, als Lehmhäuser, heranzuziehen.  
Handwerker finden sich fast überall. Erst wenn die  
Lieferung versagt, ist auf Ausführungsarten zurückzu-  
gehen, die in anderen Ländern, allerdings oft unter dem Ein-  
fluß anderer klimatischer, geologischer und sonst zu berück-  
sichtigender Verhältnisse entstanden sind. So es an Lehm-  
bauten und geeigneten Hilfsstoffen fehlt, ist die Hilfe des  
Lehmbaus zur Förderung sparsamer Bauweisen in Be-  
tracht zu nehmen, der nicht allein die geeigneten Ver-  
fahren als Berater nachzuweisen imstande ist, sondern  
auch mit gesammelten Erfahrungen zur Verfügung stehen wird.

Die Nachweisungen über das Vorhandensein von Lehm-  
baustoffen sind von der geologischen Landesanstalt in Berlin NW,  
Gartenstraße, zu erhalten.

Die Unterschiede sind hauptsächlich der Lehmsteinbau, der  
Lehmziegelbau und der Lehmputz. Der Lehmstein-  
bau ist vorzugsweise in der Mark Brandenburg heimisch  
wegen seiner Einfachheit und der Möglichkeit, ungekulten  
Lehm zu verwenden, wenn es sich um die Erzeugung des eigenen Baustoffes  
handelt, auch die Frau und die größeren Kinder des Hauses  
mitzuziehen, die bei dem Zubereiten der Steine wertvolle Hilfe  
leisten können, verdient er besondere Beachtung. Bei der An-  
fertigung geschlossener Siedlungen mit typischen Häusern gilt der  
Lehmputz als billiger. Der Lehmputz in Verbindung  
mit Holzschalwerk aus kantigen Zimmerhölzern  
oder Rundhölzern, kann brillanten Wohnheiten entsprechen,  
wenn die Baustoffe sorgfältig ausgewählt werden, wenn wirklich trockenes  
Holz zur Verfügung steht. Bei Verwendung grüner Hölzer in  
Verbindung mit dem feuchten Lehm ist die ernste Gefahr der  
Fäulnis nicht zu unterschätzen, besonders bei Rundholz, das  
nicht völlig entastet zu sein pflegt.

Die Verzierungen, die bereits jetzt im Winter getroffen  
werden können, sind mannigfacher Art. Es empfiehlt sich, den  
Lehm jetzt sofort auszuheben, im kleinen Maße auszuheben  
und durchfrieren zu lassen. Da der Frost die Kanten aus-  
trocknen läßt, ist eine besondere Durcharbeit des Lehms  
im Winter notwendig. Im Sommer ist unbedingt notwen-  
dig, das Durchfrieren des Lehms allerdings nicht, ebensowenig  
das Schmelzen, das bei der Ziegelfabrikation dazu dienen  
müßte, die Lehmbauwerke zu befeuchten. Ist der Lehm nicht un-  
mittelbar auf der Baustelle zu gewinnen, so kann er in der  
Frostzeit eingefahren werden, in der die Gespanne in der Land-  
schaft wenig gebraucht werden. Eine Anfuhr von 2-3  
Wagen braucht die Wirtschaftlichkeit des Lehmbaus, der ohne  
Zusatzkosten im Mauerwerk etwa 40-60 Prozent billiger ist,  
als der maifeste Ziegelbau, noch nicht ohne weiteres in allen  
Fällen auszuheben. Wenn Schuppen zur Verfügung stehen,  
kann bei anhaltend milder Witterung bereits im Winter mit  
den Formen der Steine begonnen werden. Diese sind vor allem  
bei Frost sorgfältig zu schützen, da andernfalls  
schwerer Schaden entstehen kann. Mit den eigentlichen Bau-  
arbeiten ist möglichst schon im März oder April, je nach der  
Witterung, zu beginnen.

Besonders notwendig ist es, die Bauleistungen, die sich  
dem Baue anzuschließen möchten, zu eigener eifriger  
Arbeit anzuordnen und sie zu dem Zusammenschluß mit  
Lehmbauvereinen zur gemeinsamen Tätigkeit und gegenseitiger Aus-  
hilfe anzuregen, wobei Sorge zu treffen ist, daß die Gegen-  
seitigkeit auch bis zu Ende sichergestellt bleibt. Erfahrungsgemäß  
ist auf dieser Weise der reichste Erfolg in der Bauleistung  
zu erzielen.

## Aus Provinz und Nachbargebieten

!!: Sommerfahrplan. Der diesjährige Sommerfahr-  
plan wird seit am 1. Mai erst zum 1. Juni eingeführt werden.  
Die Einschränkungen des Personenverkehrs an den Sonn- und  
Feiertagen müssen im kommenden Sommer noch beibehalten  
werden. Ob und in welchem Umfang später etwa eine bessere  
Bedienung des Sonntagsverkehrs eintreten kann, bleibt von der  
Regelung des Betriebs- und Kohlenlage abhängig.

!!: Falsche 30-Mark-Scheine, und zwar eine Nachahmung  
der alten grünen Scheine, sind wieder vielfach im Verkehr. Die  
eine Seite ist auffallend blank und besonders sind sie erkenn-  
bar an der schlechten Nummerierung.

!!: Braubach, 23. Febr. Durch die Stadt erhält jedes  
Haus einhundert Pfund Brennholz aus dem Walde. Die Zu-  
stellung erfolgt durch Auslosung seitens der Baukommission.  
Der Preis beträgt für Scheit 20-30 Mark, für Knüppel  
10-24 Mark, das Hackschnitzel. — Seit Sonntag haben wir  
hier einen Bauernverein. Vorsitzender wurde Gutsherr  
Wilhelm Loh.

!!: Coblenz, 25. Febr. In den Westertälchen Kohlen-  
bau ist der Ausstoß ausgebrochen. Das kleine Elektrizitäts-  
werk macht bekannt, daß deshalb nur für militärische und öffent-  
liche Zwecke Strom geliefert werden könne.

!!: Koblenz, 26. Febr. Die Stadtvorordneten hatten sich in  
ihrer letzten Sitzung mit der Finanzlage der Stadt zu beschäf-  
tigen. Der Nachtragsetat für das laufende Rechnungsjahr weist  
einen Fehlbetrag von fast 2.850.000 Mark auf. Da die Stadt  
aus gewinnbringenden Anlagen nichts erzielen kann, so müs-  
sen die Steuern und die Einnahmen der öffentlichen  
Verwaltungen, letztere mit 120 Prozent von der Nacherhebung  
bleiben die Einnahmen bis zu 1200 Mark jährlich, die von  
1200 bis 1500 Mark mit 50 Prozent befreit. Der dadurch ent-  
stehende Ausfall sollen die Steuerhöfe über 600 Mark tragen.

!!: Limburg, 25. Febr. Vorgestern fand in der Turn-  
halle dahier der 68. Turntag des Lahn-Dill-Kraus Ratt. Les-  
treiter waren 70 Vereine mit 150 Angehörigen. Außerdem  
waren die Herren Landrat Dr. Schöllen und Bürgermeister  
Dr. Krichmann erschienen. Nach Eröffnung des Turntages be-  
grüßte der Landrat namens des Kreises und zugleich namens  
der Stadt den Turntag mit herzlichen Worten, hob die Bedeu-  
tung der Turnerei gerade in der heutigen schweren Zeit hervor  
und ermahnte zum festen Weiterarbeiten zum Besten der Volks-  
erziehung und damit des Vaterlandes. Nachdem noch die  
Begrüßung durch den Vertreter der Limburger Turn-  
erschaft erfolgt war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zu-  
nächst wurden die neuen Vereine, Bernbach, Kraftstoms, Lan-  
genbernbach, Selters b. Weiburg und Hardt aufgenommen,  
womit der Gau nunmehr 100 Vereine zählt. Der Gau-  
vertreter Richter-Dillenburg erstattete dann in ausführlicher  
Weise den Geschäftsbericht, Gauamtsrat Münch-Hörsing  
den Turnbericht und Gaugeschäftsführer Jung-Herborn den  
Kassenbericht. Alle Berichte, an die sich teilweise eine recht  
regere Aussprache knüpfte, zeigten auf allen Gebieten wieder  
lebhaftes turnerisches Leben und gute Aussichten für die Zu-  
kunft. Der Gaubetrag für 1920 wurde auf 1.50 Mark für  
alle Mitglieder über 14 Jahre festgelegt. In den Landor-  
stand für 1920-24 wurden, neben dem Ehrenamtsbetrie-  
be Wagner-Rad Ems gewählt als Gauvertreter Richter-Dillenburg,  
Gauamtsrat Münch-Hörsing, stellvertretender Gau-  
amtsrat, Gaugeschäftsführer Jung-Herborn, Gauamtsrat  
Gyffels-Limburg, Paul-Beilburg, Christ-Dillenburg und Strie-  
der-Weg als Mitglieder des Turnausschusses und Bezirkskom-  
missionen, und Jung-Herborn als Gauamtsrat. Über den  
turnerischen Arbeitsplan für 1920 wird bestimmt: Da  
es bei den jetzigen Verhältnissen unmöglich ist, die  
Gaumitglieder für alle Turner — Jünglings- und Männerturnen  
— an einem Ort abzuhalten, wird es in den 5 Bezirken ab-  
gehalten, das Gau-Vereinsfestturnen findet in Zeebach, der  
Gaupflichttag in Weiburg und das Herbst-Schlussturnen mit  
Ausgetragen von Weiburg in Limburg statt. Außerdem  
halten die Bezirke das übliche Turnen in volkstümlichen  
Uebungen ab. Nach Erledigung verschiedener Vorträge und  
geschäftlicher Anfragen wurde die Tagung nach beinahe 6-stün-  
diger Dauer geschlossen.

!!: Frankfurt a. M., 26. Febr. Der Oberstadtschreiber  
Wolff von der hiesigen Sicherheitskommission ist nach Untersuchung  
von 25.000 Mark Dienstgeldern flüchtig gegangen. — Im  
Verlaufe der ersten Klasse des Hauptbahnhofes stahl man einem  
Reisenden, während er schlief, aus dem zugewandten Mantel  
die Brieftasche mit sämtlichen Ausweisen und 7000 Mark  
harter Geld. — Bei einer polizeilichen Durchsicherung im Hotel  
Excelsior am Bahnhof wurde festgestellt, daß dieses aus von  
Ausländern bewohnt war, die lediglich geschäftlicher in  
Frankfurt weilten. Ferner ergaben wiederholte Streifen durch  
das Bahnhofsviertel und die Altstadt, die Anwesenheit vor-  
zahlreichen Galizier, Polen und anderen Ostländer. Bei  
diesen Leuten, die durchweg unangeordnet hier wohnen, fand  
man sehr erhebliche Vorräte von Edelmetallen.

!!: Frankfurt a. M., 26. Febr. Das beim Landgericht ein-  
gerichtete Bürgergericht hielt gestern seine erste Sitzung ab.  
Der des Schleichhandels angeklagte Obhändler Franz Her-  
mann wurde zu vier Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geld-  
strafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Ge-  
fängnis und 1000 Mark Geldstrafe beantragt. Hermann hatte  
250 Pfund Mehl im Schleichhandel erworben und als Obst dekla-  
riert. Der Vorsitzende erklärte die Verurteilung über  
die Bürgergerichte für rechtmäßig, da sie auf dem Reichsgesetz  
vom 17. April 1919 fußt, das der Regierung alle Maßnahmen  
zur Bekämpfung des Wuchers übertrug habe. Der Bürger-  
gerichtliche sei auch nicht im Widerspruch zur Verfassung, denn es  
handle sich nicht um ein Ausnahmegericht.

!!: Wiesbaden, 25. Febr. Eine große Bürgerbewegung  
sprach sich für den sofortigen Anschluß Wiesbadens an die ober-  
rheinische Provinz aus. Die Anlage des Deutschen  
Reichs etwa eine Million Mark. Dieser Erklärung 700 Bürger  
ihre Teilnahme an dem Unternehmen. Die Anknüpfung an  
die Rheinprovinz, aus deren die Zentrale ge-  
speist wird, gleichen sorgfältigen Berechnungen zufolge noch  
etwa 200 Jahre.

## Aus dem Unterlahnreise.

!!: Parteidemagogie. Die Organisation der Deutschen  
Volkspartei ist, wie uns geschrieben wird, in den letzten Wochen  
im Unterlahnreise recht erfolgreich ausgebaut worden. Die  
von der Partei veranstalteten Versammlungen, haben sich alle  
eines überaus starken Besuches zu erfreuen. In den letzten Ta-  
gen hielt die Deutsche Volkspartei größere Versammlungen ab  
in Flachs, Kettewitz, Bernsdorf, Kordorf und  
Dorsdorf. In den Versammlungen sprach der Geschäftsführer  
der Partei W. Jend. Wiesbaden über die politi-  
sche Lage und die Stellung der Deutschen Volkspartei. Seine  
Ausführungen fanden überall allgemeine Zustimmung und leb-  
haften Beifall. Eine große Anzahl Landwirte, die der Partei  
bisher fernstehen, sind ihr als Mitglieder beigetreten.

!!: Versicherungsmarken. Es wird nochmals darauf  
hingewiesen, daß zurzeit eine Revision der Quittungskarten in  
unserem Kreise der Landesversicherungsanstalt stattfindet. Un-  
ter Lesern machen wir darauf aufmerksam, daß in Folge der  
Neufassung der Sachverhalte vom 1. Januar 1920 ab, für sämt-  
liches Dienstpersonal, das Barlohn und volle Tagesverpflegung  
erhält, Invalidenmarken zu 50 Pfennig entrichtet werden  
müssen. Die Anwendung niedriger Marken ist strafbar.

## Aus Bad Ems und Umgegend.

e Wahl der Elternbeiräte. Die Regierung in Wiesbaden  
hat die Wahlen zum Elternbeirat für unsere Volksschulen auf  
Sonntag, den 14. März festgesetzt. Deshalb findet die dritte  
Elternversammlung am Sonntag, den 29. Februar, nachmittags  
3 Uhr, in den Volksschulen statt. In dieser Versammlung  
wird der Wahlvorstand gewählt.

e Kaiser-Friedrich-Schule. Die Anstalt ist eine Real-  
schule mit Reform-Realprogymnasium, d. h. sie gabelt sich ab  
in Untertertia in eine reise und eine realgymnasiale Abteilung.  
Nachdem die Schüler in Tertia mit Französisch begonnen, haben  
sie in Untertertia die Wahl zwischen Englisch und Latein  
als zweite Fremdsprache. Für die Lateiner tritt dann in Unter-  
sekunda Englisch hinzu, das in starker Stundenzahl bis zur  
Schlußprüfung eingehend gelehrt wird. — Die Anstalt wird  
zurzeit von 135 Schülern besucht. Davon sind 92 aus dem

Schulort, 43 von außerhalb, Evangelisch sind 79, katholisch  
42, Dissidenten 2, Juden 12.

e Höhere Mädchenschule (Luisenschule). Die Anstalt ist  
eine anerkannte Höhere Mädchenschule. Die Schülerinnen  
treten nach vier Volksschuljahren in die unterste Klasse ein.  
Das sechsjährige Studium der Hauptschule 7-12 wird im  
fünf Jahren durchgearbeitet, so daß die Schülerinnen nach 5-  
jährigem Besuch in die erste Klasse eines Gymnasiums übergehen  
können. — Die Anstalt wird zurzeit von 79 Schülerinnen be-  
sucht. Davon sind 68 aus dem Schulort, 11 von außerhalb.  
Evangelisch sind 57, katholisch 16, jüdisch 6.

e Der Volksverein für das katholische Deutschland, Orts-  
gruppe Bad Ems, ladet die Vorstände und Pastoren der  
sämtlicher hiesigen katholischen Vereine zu einer Versammlung  
heute abends 7.30 Uhr, im „Prinz Karl“ ein. Auf der Ta-  
gung steht ein Vortrag des Studienrates Schmidt über  
Volksverein — Zentrumsparität — Schulorganisation, ein Ve-  
richt über die Einrichtung der hiesigen Volksvereinsbibliothek und  
Mittelungen.

e Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß veranstaltet  
am Sonntag, abends 7.30 Uhr, im Ritterschen Saale den ersten  
öffentlichen Vortragabend. Vortragsgegenstand: Wird über das  
Thema: Ist das Christentum in der modernen Welt noch mög-  
lich? sprechen. An den Vortrag soll sich eine freie Aus-  
sprache anschließen.

e Der Arbeiterverein Bad Ems hielt am Mittwoch seine  
27. Generalversammlung ab, die gut besucht war. Aus dem  
Jahresbericht, den der Vorsitzende gab, und aus den Ausführun-  
gen des Kassierers war zu entnehmen, daß der Verein mit den  
Ergebnissen des vergangenen Jahres voll und ganz zufrieden sein  
kann. Man darf die Hoffnung haben, daß es gelingen wird,  
dank der freudigen Unterstützung, die der Verein durch die  
Bürgerchaft gefunden hat, die finanzielle Lage zu bessern. Jeder  
kann unter den heutigen schwierigen Verhältnissen von der Ver-  
schärfung neuer Bootmaterials abgesehen werden, dagegen ist  
es gelungen, einen gebrauchten Kanadier zu kaufen. Einig  
war man sich darüber, daß als erstes an die Errichtung eines  
Bootsbaues gedacht werden muß, um die wertvollen Boote  
unterzubringen. Es wurde beschlossen, einen Plan dazu durch  
die Mitglieder Hesse und Valentin ausarbeiten zu lassen. Als  
Bauplatz geeignet erscheint ein Grundstück, das dem Garten  
des Mainzer Hauses gegenüber, an der Lahn gelegen ist und an  
die Malagen grenzt, in denen das alte Marmosch seine Auf-  
stellung gefunden hat. Ein entsprechender Beschluß wird der  
Stadt, mit der Bitte um Stellungnahme dazu eingereicht wer-  
den. Der neu gewählte Vorstand setzt sich folgendermaßen  
zusammen: 1. Vorsitzender E. Müller, 2. Vorsitzender Dr. Steiner,  
1. Schriftführer Erich Böbel, 2. Schriftführer Heinz. Kautz,  
Kassierer J. Hesse, Materialwart Peter Rink, 1. Fahr-  
wart J. Valentin, 2. Fahrwart W. Biesemann.

## Aus Nassau und Umgegend.

e In der evangelischen Kirche sprach in feierlicher an-  
schaulicher Ausföhrung der Missionsinspektor des Al-  
te. prot. Missionsvereins Pfarrer Knodt, Berlin. Er legte  
dar, wie die Arbeit der deutschen evangelischen Mission während  
des Krieges in Ostasien ungedrückt weiter getrieben werden konnte  
und wie sich jetzt, wo uns Deutschen sonst die ganze Welt ge-  
schlossen ist, in Japan und China immer neue Arbeitsfelder  
und Wirkungsmöglichkeiten eröffnen. Denn, so wies er über-  
zeugend an verschiedenen Massproben nach, Japan und China  
brauchen das Evangelium bitter nötig, sie wissen es selber und  
verlangen danach; das Evangelium, von dem sie bei uns in  
Deutschland so viele abwenden oder dem sie stumpf und gleich-  
gültig gegenüberstehen! Der Vortrag war eine glänzende Rich-  
tigung des Rechtes und der Notwendigkeit deutsch-evangelischer  
Arbeit im fernem Osten, ein Beweis für die lebendige Kraft  
christlicher Frömmigkeit auch in der gegenwärtigen Zeit und für  
den Segen, der von der Missionsarbeit auf das heimische kirch-  
liche Leben übergeht. Leider war der Besuch der Veranstaltung  
nicht gut. Im Laufe des kommenden Sommers will Missions-  
inspektor Knodt hier ein Missionsfest in größerem Umfang ver-  
anstalten, das dann stärkere Teilnahme finden sollte.

## Aus Diez und Umgegend.

e Manufakturjagd. In der ganzen Gegend, besonders  
in den umliegenden Dörfern, ist zu beobachten, daß seit kurzer  
Zeit ein direkt fanatisch betriebener Massenmord der kleinen,  
in Wirklichkeit doch nützlichen, wenn auch etwas lästigen  
Manufakturen eingesetzt hat. Die Hauptursache daran tragen  
unverküßte, wie für alle tierartigen Artikel so besonders hier,  
ganz ungeheuren hohen Preise, die für den Pelz des kleinen Die-  
zens gezahlt werden. Mit und Jung stellt dem Tier nach. Es  
ist ein förmlicher Wettlauf und eine täglich sich wiederholende,  
oft recht unergiebige Jagd um die in Massen in den Wäldern  
und hier und da auf den Feldern aufgestellten Fallen kein  
Wunder, ein Jellchen bedeutet ja fast eine anständige Ta-  
geslohnahme. Und die Folgen? Nur noch kurze Zeit so weiter,  
und es ist zu fürchten, wir sind diesen verarmten Fremden unserer  
Landwirtschaft dann völlig los. Dann wird sich aber wohl  
im überhandnehmenden Ungeheuer eine schlimmere Seite  
der Sache zeigen, als sie Manufakturjagd bedeutet, die im  
Übermaß aufsteht, das soll nicht verkannt werden, zwar  
recht lästig sein können. Aber in Anbetracht des wirklich weit  
überholenden Rußens sei doch auch an dieser Stelle recht  
einstimmig geraten, dieses Massenmorden um des Geldes willen  
einzustellen. Im übrigen ist die deutsche Bevölkerung, die den  
Manufaktur wegen seiner Nützlichkeit unter Androhung hoher  
Strafen unter Schutz stellt, noch in Kraft.

e Der Turn- und Sportverein hält heute, abends  
8 Uhr im Gasthaus von Jakob Diehl, Marktplatz, seine  
Jahreshauptversammlung ab, auf die an dieser Stelle nochmals  
hingewiesen sei. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist voll-  
ständiges Erscheinen erforderlich. Auch veranstaltet der Ver-  
ein am Sonntag, den 29. Februar eine Wanderung für die Mit-  
glieder und deren Angehörige nach Obgeshausen. Treffpunkt  
1.30 Uhr Bahnbrücke.

Altenried, 27. Febr. Vorgestern morgen wurden an der  
Lehr Alde, Uhr und Personalausweis des Steinbruchs  
beiters W. D. von Altenried gefunden. Da der Mann sehr  
leidend war, wird angenommen, daß der Unglückliche den Tod  
in der Lahn gesucht hat. Die Leiche konnte noch nicht aufgenom-  
men werden.

Handbetrieb  
leicht • bequem • billig  
werden Zement-Dachziegel  
durch die bekannte  
AMSI-Dachziegel-Maschine  
AMSI, Adl. W. Berlin-Johannisthal

